

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 44, 2. Juni 1849

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

**Volksversammlung in Jever am
28. Mai.**

Die Volksversammlung in Jever fand vor dem „Hofe von Oldenburg“ Statt; unter den Linden, welche längs der Vorderseite des Wirthshauses stehen, war die Tribüne aufgeschlagen. Die Zahl der Versammelten mochte gegen 400 betragen, unter denen sich sehr wenige Einwohner der Stadt befanden. Die Bewohner des Landes, ziemlich viele Wittmunder und — das schöne Geschlecht, dessen Anzahl sich durch die vielen Sonnenschirme kenntlich machte, bildeten den größten Theil. Die Versammlung, obwohl sie auf 2 Uhr angesetzt war, wurde doch erst 3 1/2 — 4 Uhr durch Hrn. von Freedden eröffnet, der Hrn. von Thünen zum Präsidenten vorschlug. Dieser forderte sodann auf, die von der Regierung anerkannte und publicirte Reichsverfassung zu vertreten und zu verteidigen. Darauf las Hr. von Freedden eine sehr energische Adresse an die National-Versammlung vor (denn, wie er sagte, „wir haben schon so viele zahme Adressen nach Frankfurt geschickt, man muß ihnen dort einmal ordentlich die Wahrheit sagen“), wornach die Abgeordneten zum Bleiben aufgefordert wurden, unter dem Versprechen, daß die große Mehrheit der Nation und auch noch andere sonstige Freunde (so ist es mehrfach verstanden worden, hoffentlich falsch) sie schützen würden. Nach zweimaliger Vorlesung wurde sie natürlich ohne Discussion angenommen.

Endlich wurde von Hrn. von Freedden eine zweite Adresse an die Staatsregierung vorgelesen, welche die Aufforderung enthält, schleunigst eine allgemeine Volksbewaffnung einzuführen. Ueber diesen Punkt sprachen besonders die Hrn. Dr. Böckel (der „politische Reisespre-

diger“) und v. Freedden. Letzterer ging noch weiter, als der Inhalt der Adresse; er meinte, der Regierung die Sache zu überlassen, würde zu langsam gehen und zu Nichts führen; man sei schon so oft getäuscht; besser sei es, das Volk nehme die Sache selbst in die Hand und bewaffne sich, obwohl er anerkenne, daß die Volksbewaffnung an sich keine leichte Sache sei, und forderte schließlic auf, überall in den einzelnen Kirchspielen dem Beispiele Jever's zu folgen, wo sich die Anfänge einer Bürgerwehr so gut anließen, — daß sie jetzt schon aus 20 Mann besteht. Böckel dagegen sprach sich dafür aus, daß die Regierung die Sache angreife. So wurde denn die Aufforderung an die Regierung zur Organisation einer Volksbewaffnung genehmigt; es schienen bei dieser Abstimmung bedeutend weniger Hände sich zu erheben, als bei der ersten Adresse; auch entfernten sich Einige vor der Abstimmung.

Anträge auf Beerdigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfassung, ebenso der: die Militärmacht der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen, wurden wegen Uneinigkeit der Redner zurückgezogen, indem Hr. v. Thünen sich dagegen opponirte und sie nicht zur Abstimmung bringen wollte. Darauf wurde die Versammlung geschlossen, nachdem Böckel die anwesenden Wahlmänner für die Nationalversammlung aufgefordert hatte, sich mit ihm im Hofe von Oldenburg zu versammeln, um über die Ansichten Jever's mitzutheilen, „die von denen der Oldenburger wohl abweichen würden,“ wie er lächelnd bemerkte.

So endete die Volksversammlung, die matt und ohne jede Spur von Begeisterung verlief; Resultat: zwei Adressen, die voraussichtlich ohne Wirkung bleiben werden.

Gespräch über die Synode

zwischen

dem Prediger F. und dem Landmann W.

(Fortsetzung.)

W. Haben Sie das letzte Protocoll der Synode gelesen?

F. Jawohl, auch den von hierarchischen und büreaukratischen Bestimmungen gereinigten Entwurf.

W. Ich begreife nicht, wie man das Weggeschnittene, z. B. die Befugniß des Großherzogs, die Stellung der Prediger im Kirchenrath und des Generalsuperintendenten im Oberkirchenrath u. s. w. so hat bezeichnen mögen, und noch mehr habe ich mich gewundert, bei der Abstimmung die Abgeordneten Böckel I. und Closter unter den Zustimmenden zu finden.

F. Darüber wundern Sie Sich nicht, formell läßt sich Alles rechtfertigen, wenn man von Principien so beherrscht wird, daß der wirkliche Zustand und das daraus hervorgehende Zeitbedürfniß gar keine Berücksichtigung findet. Der Abgeordnete Klavemann, der sehr wohl begriffen hat, was uns nöthig ist, und mit seinen Grundsätzen auf dem Boden der Wirklichkeit bleibt und weiß, daß eine Uebergangsperiode im verfasslichen Kirchenleben vorgenommen werden muß, sprach vergeblich gegen die Schneiderkunst der Idealisten unserer Zeit.

W. Wie konnte aber der Generalsuperintendent zustimmen, der doch berufen ist, die geistlichen Rechte und wenn auch nur zeitgerechten Wünsche zu wahren?

F. Lieber Freund, ihm ging der Schnitt ja gerade an den Hals; ihn haben sie ja ganz weggeschnitten. Sollte er da nicht still halten? Wie unedel wäre es gewesen, im eigenen Interesse zu opponiren, auch nur zu zucken! Ich sage Ihnen, dieser Edelsinn wird uns schöne Resultate bringen, wenn das Einkommen der Geistlichen und das Vermögen der Kirche zur Sprache kommt. Man wird sie an die Liebe verweisen.

Bedenken Sie einmal die künftige Stellung der Geistlichen in der Gemeinde:

Die Gemeinde wählt sie. Ihr kirchlicher Missionscharacter wird dadurch ganz verwischt und die wahre geistliche Kraft zum Kampfe mit der Welt in der Gemeinde gebrochen, denn sie bleiben Menschen und von dem Urtheile der Welt hängt ihre Wahl ab, also ihre Beförderung zu größerem Einkommen.

W. Dies könnte man aber ändern durch gleiche Befoldung aller Geistlichen, wie Napoleon wollte.

F. Wird man das thun? Werden die Gemeinden, welche reich dotirte Pfarrstellen haben, dem zustimmen?

Gewiß nicht. Die Pfarreinnahmen zu verkleinern, dazu werden Viele bereit sein, welche schon lange neidisch auf unsere, wie sie sagen, unverschämte gute Stellung geblickt haben; aber etwas abzugeben, um andere Gemeinen zu unterstützen?! Ach, Freund, den Gemeinssinn suchen Sie vergebens! — Nein, es wird bleiben, wie es ist, und manche Predigerfamilie wird zu seufzen haben, wenn nicht das Cölibat eingeführt wird.

Ferner ist es das eifrigste Streben der Demokraten, (welche die größten Feinde der Theokraten sind), Mißtrauen gegen die Geistlichen zu säen und ihren Einfluß auf die Gemeinen zu brechen, wozu die Volkslehrer willig helfen. Manche fühlen wohl, daß es etwas judasartig ist, und wenn die Silberlinge gewonnen sind, werden sie eilen, durch großmüthige Ergebenheit die Wunde zu heilen; viele aber meinen, daß sie Gott einen Dienst daran thun, wenn sie geistliches Ansehen und geistlichen Einfluß zerstören. Sie glauben die Stelle der Geistlichen ganz ausfüllen zu können. Ihr Religionsunterricht ist genügend; der Prediger hat beim Eintritt der jungen Christen aus der Schule in's Leben nichts zu thun, als einen kirchlichen Act zu vollziehen. Mit dem 15. Jahre soll die Kirche erst ihren Einfluß beginnen und den ihren Lehren Entfremdeten zu gewinnen suchen.

W. Aber sind die Lehrer nicht selbst Kirchenglieder, werden sie ihren Religionsunterricht nicht so gestalten, daß die Prediger nur fortzubauen haben?

F. Viele gewiß! Denn nicht alle sind so leichtsinnig, ohne ernste Prüfung vor dem Zeitgeiste des kirchlichen Unglaubens ihre Kniee zu beugen. Aber, Freund, viele sind auch schon ergriffen von diesem Geiste.

Wird nun nicht dadurch die Stellung der Prediger in der Gemeinde eine traurige? das Wirken und Streben in diesem Bewußtsein ein schweres, weil es ein polemischer sein muß? — Die Synode kann freilich die Verpflichtung: „nach Anleitung der Augsburgischen Confession zu lehren,“ aufheben, wie sie durch Annahme des Abschnitts I. Art. 2 des Entwurfs, ihre Befugniß überschreitend, wahrscheinlich thun wird; aber damit ist die Verpflichtung, nach dem Inhalte der Schrift zu lehren, noch nicht aufgehoben und kann nie aufgehoben werden.

Sehen Sie weiter. Das Einkommen der Prediger und Lehrer soll künftig, einem großen Theile nach, jährlich von der Gemeinde aufgebracht werden.

Nehmen Sie eine Gemeinde von 2500 Seelen. Darin betragen die Schulgebühren (wenn das Minimum 150 ₰ ist), 1050 ₰, die Predigergebühren 300 ₰. Diese 1350 ₰ sollen jährlich repartirt werden, zum Theil mit einem großen Quantum über Leute, welche gar kein Interesse für die Sache haben. Wird das nicht Murren und Klagen

hervorrufen? Und wer ist der Gegenstand der Unzufriedenheit? Für den Betheiligten, der sein Kind in der Schule hat oder zur Taufe bringt, ist die Sache wichtig, für den Unbetheiligten eine Last. Die Prediger können an Einnahme nur dadurch gewinnen, denn mancher Thaler hat geschenkt werden müssen; aber ihre Stellung verliert.

Warum erbarmt sich der reiche und mächtige Staat nicht der Gemeinzelästigen Schule und Kirche, übernimmt die Ausgabe und verwischt dadurch das Bewußtsein, wie kostbar Lehrer und Prediger sind?

W. Ja der ist klug genug. Wie hoch würde dann die Steuer werden und welche Unzufriedenheit wecken. Die hohen Stände würden dann in den Augen des Volks so gehässig stehen, wie künftig Lehrer und Prediger. Auch leidet er bei den Predigern die Trennung der Kirche vom Staate nicht. Aber bei den Schullehrern haben Sie Recht.

(Fortsetzung folgt.)

Die sächsische Bewegung. *)

Leipzig. Mai 23.

„Sie fürchten, in Sachsen noch viel Unruhe zu finden; darüber können Sie ganz ruhig sein. Die Demokratie hat jetzt eine Schlappe erlitten und hält sich vor der Hand bis auf günstigere Zeiten ruhig. Die schlechte Politik unserer Regierung hat die Preußen in's Land gerufen und diesem unheilvollen Schritte ist es besonders zuzuschreiben, daß der Dresdner Putsch ein so blutiges Ende genommen. Glauben Sie nicht der servilen Presse, wenn Sie lesen, daß in Dresden nur „Lumpengefindel“ gekämpft. Es waren unter diesen „Lumpen“ Tausende der ehrenwerthesten Bürger aus allen Theilen des Landes. Das größte Unglück der ganzen Bewegung war, daß der excentrische Tschirner sich an die Spitze der Regierung stellte, da gerade dieser Mann kurz vor Auflösung der Kammern auf so frevelhafte Weise auf die Reichsverfassung losobte. Heubner war ein Ehrenmann, dem die Sympathien des ganzen Landes in sein Gefängniß gefolgt sind. Ich will die Dresdner Bewegung gar nicht loben; sie war tollkühn, denn Sachsen als äußerster Vorposten des liberalen Deutschlands mußte in seiner Lage zwischen Preußen und Oestreich offenbar unterliegen, und es waren noch genug andere Mittel da, die Rechte des

*) Wir theilen diesen Privatbrief mit, ohne die Angaben des Brieffstellers in jeder Hinsicht vertreten zu wollen und zu können.
D. R.

Volkes zu wahren und den König zur Anerkennung der Reichsverfassung zu nöthigen. Aber einen republikanischen Anstrich hat die Dresdner Bewegung auf keine Weise gehabt, obgleich der Russe Bakunin vielleicht dafür wirken wollte, und mit ihm eine kleine Zahl Fremder übereinstimmte. Die Regierung nun sucht ihr undeutsches, rechtswidriges und grausames Benehmen durch diese Zufälligkeiten zu bedecken; sie ist glücklich, eine Gelegenheit gefunden zu haben, dem preussischen Ministerium dienstfertig zu sein.

Man hat ausgesprengt, die Aufständischen haben Raub und Plünderung ausgeübt: wie wenig Wahres daran ist, mag Ihnen der Umstand bezeugen, daß sowohl die Leipziger „Frau Bese“ (die alte Leipziger Zeitung, auch der „Kinderfreund“ genannt), als auch die Allgemeine von Brockhaus (zwei durchaus servile Regierungsorgane) nicht im Stande sind, Fälle davon aufzuführen. Letztere im Gegentheil versichert, es seien solche Fälle nicht vorgekommen. Die preussische Staatszeitung, welche diesen Artikel wiedergibt, hat den erwähnten Passus weggelassen, um der Bewegung den schwärzesten Anstrich zu geben. Auch erzählt Niemand von Grausamkeiten der Aufständischen, hingegen schweigen alle Regierungsorgane über die Erzählungen der Grausamkeiten des Militärs, wie sie jetzt die Presse — nicht die schlechte, sondern die besten Blätter — veröffentlichen. Und wie hat das Militär gestohlen! Sachsen und Preußen einmüthiglich; die Schächchen unserer Schützen in Leipzig (leichte Jäger) haben allerliebste Andenken aus Dresden.

Glauben Sie ja nicht, daß ich partheiisch spreche: ich billige den Aufstand keineswegs, obgleich ich der Ueberzeugung bin, daß das geflossene Blut nur dem deutschen Vaterlande und seiner Freiheit vergossen. Meine Ansicht hat sich erst nach der reiflichsten Prüfung ausgebildet; sie ist erstarkt durch die Mittheilungen der kenntnißreichsten und einflussreichsten Männer, welche theilweise Regierungscollegien angehören und in den höchsten Schichten der Gesellschaft sich bewegen.

Der König hat alle Liebe im Lande verloren. Er hat sich durch seine Flucht feig gezeigt. Wie man hört, wird er einige Wochen seiner „treuen Stadt“ Leipzig seine Gegenwart schenken. Man wird ihn schützen; aber die Verachtung, die ihm gebührt, wird ihm hier nicht vorenthalten werden. Leipzig allein hat von dem ganzen Lande keine fremde Besatzung; einige Compagnien Schützen, welche jetzt durch die eingerufenen Reserven 300 Mann stark sind, werden uns verlassen und dafür einige Schwadronen leichter Jäger einrücken.

Die Leipziger Bewegung war keine politische, obgleich sie ursprünglich von der Dresdner Bewegung herrührte:

Man wollte den Rath und die Stadtverordneten zwingen, Waffen herzugeben oder 50,000 \$ — das war Rüge's Verlangen — aber man blieb standhaft. Unsere Stadt hatte die schwierigste Stellung: Millionen Meßgüter in seinen Mauern! dazu 40,000 Fremde! Sie können sich denken, wie groß die Verwirrung war. Fünf Tage und fünf Nächte bin ich (der Briefsteller ist Mitglied der Leipziger Communalgarde) nur wenig in's Bett gekommen wegen des immerwährenden Dienstes. Dazu kein Mann Militär in der Stadt! Wir haben aber unsere Ehre gerettet. Eine einzige Schwäche unsererseits hätte das Vaterland in noch viel größeres Verderben gestürzt, zumal man in den Mittelstädten unsern Namen überall mißbrauchte, um die Bewegung zu pouffiren. Viele Communalgarden des Landes zogen nach Dresden, oder waren wenigstens im Begriff dies zu thun, da die demokratische Partei durch untergeschobene Ordres und falsche Gerüchte die Meinung verbreitet hatte, es seien von uns 4 Bataillons den Dresdnern zu Hülfe geeilt. — Wir sind glücklich, den Aufstand ohne fremde Hülfe gedämpft zu haben. Leider haben wie das Leben mehrerer braven Kameraden zu beklagen, und unser Bataillon, welches die Barrikaden in dem Thomaskäschchen und am Neumarkt nahm (Nachts nach 12 Uhr), hat eine nicht unbedeutliche Anzahl Verwundeter.

Die Zeiten sind überstanden, darüber freuen wir uns. Ob wir in der Zukunft bei ähnlichen Conflikten mit so geringem Verluste davon kommen werden, bezweifle ich, denn das liebe deutsche Vaterland wird bei der Entbindung seiner neuen, freien Gestalt noch manche Geburtswehen zu erdulden haben.“ —

Versammlung im Casino Mai 30.

Die in den wöchentlichen Anzeigen angekündigte Versammlung von Wahlmännern, mit welchen unser Abg. Räder über seinen (bereits erfolgten) Austritt aus der Nationalversammlung sich besprechen wollte, fand heute Nachmittag von 3—6 Uhr im großen Casinosaale statt. Es hatten sich den Wahlmännern (mit Räder's Billigung) mehre Andere angeschlossen, so daß die Zahl der Anwesenden etwa 100 betrug. Räder entwickelte vor diesen die Motive, welche ihn zu seinem Austritt aus der Paulskirche bewogen hätten. Es sind im Ganzen dieselben, welche die Casinopartei und namentlich neuerdings Welcker u. A. zu denselben Schritten veranlaßt haben. Dabei sprach er mit bekannter Offenheit seine Ansichten über mehre politische Fragen der Gegenwart aus, namentlich über die jetzige Stellung der Nationalversammlung, über den Charakter der Unruhen im Südwesten Deutschlands, die er als „lügenhafte“ bezeichnete, wie sie sich ja auch mit jedem Tage mehr als solche beweisen.

Herr Räder besitzt nicht den Fluß der Rede, nicht jene Suade, die an so manchem Volkredner bewundert wird, aber indem wir ihn von dem Boden der gegebenen Wirklichkeit aus und aus einer Erfahrung, die er während dieses ganzen Jahres an dem politischen Brennpunkt Deutschlands gemacht hatte, sprechen hörten, verzichteten wir gern auf den gewöhnlichen Fluß nichtsagender Floskeln und Phrasen, auf den Kraftaufwand banaler Redensarten und auf jenes Gewirre von Unverstand und Idealismus, das wir heutzu-tage Politik nennen. Wir sind überzeugt, daß Räder mit jener Ruhe und Sicherheit, mit der er Fragen und Einwürfen begegnete, und durch die Klarheit und Festigkeit seiner ausgesprochenen Uebersetzung selbst seinen politischen Gegnern — mit natürlicher Ausnahme des Beobachters — Achtung abgenöthigt hat.

Außer Räder sprachen noch v. Finckh und v. Beaulieu dagegen, daß an Räder's Stelle ein neuer Abgeordneter nach Frankfurt gewählt werden müsse. Dafür erklärten sich außer Bödel und Clausen namentlich Bibel, der „um den leerstehenden Stuhl in der Paulskirche“ sehr bekümmert war. Ein Beschluß wurde weiter nicht gefaßt, sondern die ganze Versammlung beschränkte sich ihrem Zwecke gemäß auf die Besprechung politischer Fragen, die zuweilen einen etwas gereizten Ton annahm.

Der Beobachter von gestern giebt sich Mühe, die schärfste Spitze einer am 17. d. M. in der Volksversammlung genehmigten Adresse (von der, beiläufig bemerkt, nach den stenogr. Berichten der Uebersender behauptet haben muß, daß sie von 2000 Männern ausgegangen sei) als gegen die Abgeordneten Räder, v. Büttel und Tappeln gerichtete darzustellen. Er hebt geflüstert hervor, daß sie „von Herrn Bartelmann verfaßt“ sei, und fragt: ob v. B. und R. die schwere Beschuldigung auf sich sitzen lassen werden. Ich denke, sie werden sie nicht auf sich sitzen lassen, weil sie nicht auf ihnen sitzt. Wie Herr Bartelmann im Extrablatt zu N^o 42 der Neuen Blätter ausdrücklich bemerkt, war die Adresse gegen diejenigen gerichtet, „die durch ihren vor einzelnen Austritt das Ansehen der N.-B. schwächten und ihre politischen Freunde preisgaben.“ Zu diesen gehören die genannten ehemalige Abgeordneten nicht, eher zu den Preisgegebenen. Der Beobachter hat das natürlich nicht gemerkt, ungeachtet er doch der Versammlung beigewohnt hat, in der Hr. Räder von sich erwähnte, was sich später auch von Hrn. v. Büttel bestätigte, daß erst die Sitzung vom 26. Mai ihn definitiv zum Austritt bestimmte. Der „Beobachter“ hat auch gewiß nicht die Absicht gehabt, Zwietracht zwischen Räder und Bartelmann zu säen; denn der Aufmerksame hat gewiß bemerkt, daß das Antwortschreiben des Erstern auf die Adresse mit „Lieber Freund“ beginnt, — auch wäre ein solches Zusammenheßen ja häßlich. Endlich hat der Politiker gewiß nicht wahrgenommen, daß mancher am 17. sagen konnte: wer jetzt seinen Platz verläßt, ist ic., der am 30. so etwas nicht mehr sagt; denn inzwischen ist etwas geschehen. — Aber den Lesern des Beobachters, die auf diese seine kleinen Versehen nicht aufmerksam geworden sein sollten, wollen wir zu Hülfe kommen. Man kennt doch gern seine Leute.

Kirchennachricht.

Vom 26. Mai bis 1. Juni sind in der Oldenburger Gemeinde

1. Copulirt. 65) Obergerichts-Secretair Ferdinand Heinrich Friedrich Bödeler und Louise Friederike Johanne von Bach, Oldenburg. 66) Artillerie-Feldwebel Georg Christoph Stühmer und Helene Friederike Catharine Stubr, Paarenthor. 67) Oldemann Mohrmann und Anna Marie Henriette Frerichs, Bornhorf. 68) Johann Martin Vogt und Wilhelmine Oldmanns, Bloherfeld. 69) Gerhard Meiners und Gesche Helene Sündermann, Dhmstede. 2. Getauft. 159) Hermine Octavia Amalia Gesine Ellinghausen, Heil. Geistthor. 160) Johanne Mathilde Wilhelmine Ahrens, Paarenthor. 161) Johann Friedrich Hinrich von Nunnen, Bloherfelde. 162) Eilert Friedrich Jobnsen, Dhmstede. 163) Gerhard Hermann Theodor Bröker, Bloherfeld. 164) Johann Friedrich Wintermann, Donnerschwee.

3. Beerdigt. 137) Oberappellationsgerichts-Präsident Dr. Christian Ludwig Runde, Oldenburg, 76 J. 138) Geheimer Johann Joseph Bornhagen aus Elmstedt, 38 J. 139) Gesche Margarethe Scheellen geb. Hilbers, Heil. Geistthor, 31 J. 3 M. 140) Johanne Sophie Jacobe Caroline Kirchhoff von Streel, Kirchsp. Hatten, 3 J. 4 M. 141) Johann Heinrich Sadhoff, Radorff, 70 J. 1 M.

Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 3. Juni:

Vorm. (Auf. 8 Uhr.) Herr Collaborator Arens.
Vorm. (Auf. 9½ Uhr.) Herr Hülfspred. Stardt.
Nachm. (Auf. 2 Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

**Gedanken über unsere künftige Kirchen-
 Verfassung.**

Die Protokolle der Synode enthalten zwar nur die Anträge und Beschlüsse, indeß mit Hülfe der angehängten Ausschussberichte und einiger Kenntniß der Personen und Verhältnisse läßt sich doch der Stand der Synodalsache und damit die Zukunft unserer Kirche einigermaßen beurtheilen.

Daß die radikal-demokratische Parthei in der Synode stark vertreten sein werde, ließ sich schon aus dem Resultat der Wahlen abnehmen, und es war gewiß, daß diese Parthei Alles daran setzen werde, um in dem wichtigen kirchlichen Gebiet, wo keine Verfassung zu vereinbaren, sondern frei zu schaffen ist, ihre Grundsätze zur Geltung zu bringen, nachdem ihnen auf dem politischen Boden dies nicht genügend gelungen war. Indes konnte man doch bezweifeln, daß dieselben die Oberhand gewinnen würden, weil die 14 Geistlichen, wenn sie, wie sich erwarten ließ, zusammenhielten, nur weniger Stimmen von den 21 Weltlichen bedurften, um in der Majorität zu sein. Daran knüpften denn Einzelne Besorgnisse, Andere Hoffnungen. Beide sind aber jetzt ziemlich umgekehrt, denn die Demokraten sind in entschiedenem Vortheil.

Zunächst stehen zu ihnen die Schullehrer. Der Volksschullehrerstand ist durch die Umwälzungen des vorigen Jahrs und ihre Folgen in einen Zustand besonderer Erregtheit gebracht. Die steten, nicht grundlosen Reden von der hohen Wichtigkeit der Volksbildung, von der Knechtschaft, in der die Lehrer schmachteten, mußten die schon früher geweckte Emancipationsluft steigern und verbreiten, und es kann nicht auffallen, wenn die Streb-

samern unter ihnen, wo nicht Einsicht und Demuth das Gleichgewicht hält, einem Schwindel unterliegen, der nach den Verhältnissen sich äußerlich erkennbar macht oder ein bloß innerlicher bleibt. Die der Eigenliebe schmeichelnde Stellung in der Synode, wo sie, vom Volke erwählt, neben den Geistlichen, ihren bisherigen Oberen, sitzen und über deren künftige Stellung mit entscheiden, reizt noch besonders zu Opposition gegen diese. So hatten denn wohl die Demokraten mit ihnen ein leichtes Spiel. Denn die Erkenntniß, daß der Lehrerstand, besonders nachdem das Staatsgrundgesetz verständlich genug gewesen ist die Verbindung zwischen Kirche und Schule zu erhalten, auch ferner in eigenem Interesse sich den Geistlichen anschließen und deren Einfluß möglichst zu vermehren suchen muß, setzt einen weitem Blick voraus.

Eben so leicht waren die nicht ohnehin schon der demokratischen Parthei angehörenden Landleute zu gewinnen. Das Gespenst der Hierarchie mit grellen Zügen zu malen ist keine schwierige Aufgabe. Die Annehmlichkeit einer möglichst ausgedehnten Selbstregierung der einzelnen Gemeinden faßt der schlichte Verstand eben so leicht, als es ihm schwer wird die wahre Freiheit von der falschen zu unterscheiden.

Damit ist denn schon eine bedeutende Zahl, wenn auch noch nicht die Hälfte der Stimmen, vereint, und von den Weltlichen bleiben nur die wenigen unabhängigen Nichtdemokraten aus dem Beamtenstande, die mit den 14 Geistlichen den Ausschlag geben müssen.

Allein, seltsam genug, unter den Geistlichen selbst scheint eine Schwankung eingetreten zu sein nach der demokratischen Seite hin. Den Mangel an parlamentarischer Klugheit und Gewandtheit, das Verschmähen ihrer der geistlichen Würde nicht entsprechenden Mittel konnte